24.01.2012 Reutlinger Nachrichten

Busfahrer blockieren ZOB

Reutlingen. Die Busfahrer wehren sich vehement gegen den von ihren Arbeitgebern geplanten rigorosen Sparkurs. Eine Einigung ist in weite Ferne gerückt, und so gerieten die Umstände um den Warnstreik gestern zur Farce.

Von Jan Zawadil

Für Arbeitnehmer sind es an sich Selbstverständlichkeiten. Doch die Fahrer privater Omnibusunternehmen müssen sich bereits jetzt gegen einen heftigen Sparkurs auf ihre Kosten wehren. So wollen deren Arbeitgeber im Krankheitsfall nicht mehr 100 Prozent Lohn zahlen, ihren Mitarbeitern keine bezahlten Freistellungen für vorgeschriebene Schulungen gewähren oder sie für jeden Kratzer an den Fahrzeugen in die Pflicht nehmen.

Daher hatte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gestern in Reutlingen, Tübingen sowie weiteren Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg zum Warnstreik aufgerufen. Die bisherigen Verhandlungen waren ergebnislos verlaufen.

"Wir diskutieren kein Luxusproblem", unterstrich Verdi-Verhandlungsführer Rudolf Hausmann am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB). Denn die Gehälter würden für Neueinsteiger bei monatlich 1900 Euro und bis zum altgedienten Omnibusfahrer bei maximal 2400 Euro liegen. Letztlich, so Hausmann aber weiter, gehe es nicht um den Lohn. Vielmehr sei es "ein Kampf um die Würde der Beschäftigten". Schließlich würden die eine gute Dienstleistung erbringen.

Während 70 RSV-Busfahrer die Durchfahrt des ZOB gestern Mittag für eine gute halbe Stunde blockierten, gerieten die Begleitumstände des Warnstreiks trotzdem zur Farce. Viele Busunternehmer hatten sich im Vorfeld des Streiks übereifrig gezeigt und beispielsweise in Tübingen ihre Busse nicht in den Depots, sondern im gesamten Stadtgebiet - und laut Verdi sogar in einem Wald - geparkt, um Aushilfsfahrern den Zugang zu den Fahrzeugen zu ermöglichen. Und auch in Reutlingen setzte die RSV auf Pensionäre und Aushilfen, um den aufgestellten Notfahrplan einzuhalten. Nur dass die Ersatzfahrer im Vorfeld gar nicht darüber informiert worden seien, weshalb sie eigentlich einspringen sollten und somit zu unfreiwilligen Streikbrechern wurden.

Hausmann fand für dieses Arbeitgebergebaren deutliche Worte: "Wir werden unsere Strategie umstellen." Denn sollte es in absehbarer Zeit nicht zu einer Einigung kommen, würden die Betriebe, die sich nicht an die Spielregeln hielten, keine Ankündigungen über weitere Aktionen mehr erhalten. "Wir wollen nicht die Fahrgäste treffen. Aber wir wissen uns nicht mehr anders zu helfen", erklärte der RSV-Betriebsratsvorsitzende Joachim Schenk. So könnte es bereits kommende Woche zu weiteren Warnstreiks kommen.

Ihre Solidarität mit den Streikenden erklärte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke: "Die Vielgestaltigkeit der Verkehrsbetriebe in Baden-Württemberg darf nicht zu Ungerechtigkeiten unter den Beschäftigten führen. Wenn Busfahrerinnen und Busfahrer in Reutlingen und Tübingen im Krankheitsfall deutlich weniger Gehalt bekommen als die Kolleginnen und Kollegen in Esslingen, dann kritisiert Ihr das zu Recht", ließ sie gestern mitteilen.